

## 4.7 Ernährung und Gesellschaft – Ernährungspolitik

Die Behandlung der verschiedenen Aspekte der Wirkungen der Ernährung in Handlungsfeldern der Gesellschaft zeigte (Kap. 4.2 - 4.6), dass es viele Ansatzpunkte gibt, die Ernährungsaspekte zu berücksichtigen, dass die Position der Ernährung in allen Bereichen jedoch nicht entsprechend ihrer Bedeutung gewürdigt wird. Zwar wird an vielen Stellen betont, dass die Belange der Ernährung und der Verbraucher einen hohen Stellenwert hätten. In der Realität der Themen der gesellschaftlichen Diskussionen über Zukunftsziele und -aufgaben werden konkrete Ernährungsziele allerdings nicht formuliert. In den Bereichen der Landwirtschafts-, Gesundheits-, Wirtschafts-, Umwelt-, Bildungs- und Sozialpolitik finden sich die Aspekte der Ernährung in Deutschland wenn überhaupt, dann am Rande wieder. Das kann aus der marginalen Besetzung der entsprechenden Querschnittsreferate in den jeweiligen Ministerien geschlossen werden. Ebenso zeigten konkrete Nachfragen den Grad der Vernachlässigung. Das betrifft auch entsprechende politische Parteienvertretungen, einschließlich der politischen Stiftungen und der Gewerkschaften.

Der Geschichte der Ernährungspolitik bzw. der Entwicklung entsprechender Aktivitäten in anderen Ländern ist zu entnehmen, dass besonders in Krisenzeiten (z.B. Kriegszeiten) ernährungspolitische Ziele definiert und angestrebt werden (Kap. 2). In der Zeit des Zweiten Weltkrieges war es notwendig, eine rationale Ernährungswirtschaft einzurichten, bei der die ausreichende Ernährung der Bevölkerung (aber auch der Truppen) eine Zielgröße war. Ernährungswissenschaftliche (wie viel und was müssen die einzelnen Personen bekommen, z.B. Lebensmittelrationen, Lebensmittelkarten, food stamps), ökonomische und logistische (z.B. Transport) Gesichtspunkte führten zu entsprechenden ernährungspolitischen Maßnahmen. Dabei wurden immer notwendige, angewandte Forschungsthemen gefördert (z.B. Nahrungsenergieverbrauch bei verschiedenen Tätigkeiten, Arbeitsstudien).

Die ernährungspolitischen Ziele (Kap. 2) entstehen in einem Diskurs, bei dem die verschiedenen Einflüsse der Ernährung auf andere Sektoren berücksichtigt werden. Dabei sind unterschiedliche Ansichten und Interpretationen sowie Zielkonflikte der einzelnen Betroffenen anzutreffen. Aus diesen Gründen werden in den Staaten, in denen ernsthaft Ernährungspolitik betrieben wird, entweder ein besonderes Ministerium dafür eingerichtet oder meist ein entsprechendes interministerielles, intersektorales Komitee, das wirksame Befugnisse erhält. An dem Prozess, der zur Ernährungspolitik führt, sind alle relevanten Gruppierungen des Ernährungssystems zu beteiligen. Dabei handelt es sich um Landwirte, Lebensmittelhersteller und -händler, Gesundheitspersonal, Auszubildende (Lehrer), Betreuende (Köche), Multiplikatoren (Medien), Politiker, Verbraucher und diejenigen, die für die Schnittstellen zur Gesundheits-, Verbraucher-, Wirtschafts-, Industrie-, Handels-, Agrar-, Sozial-, Umwelt- und Forschungspolitik verantwortlich sind. Die Vernetzung der Beziehungen der Ernährung mit der Gesellschaft sind zu berücksichtigen.

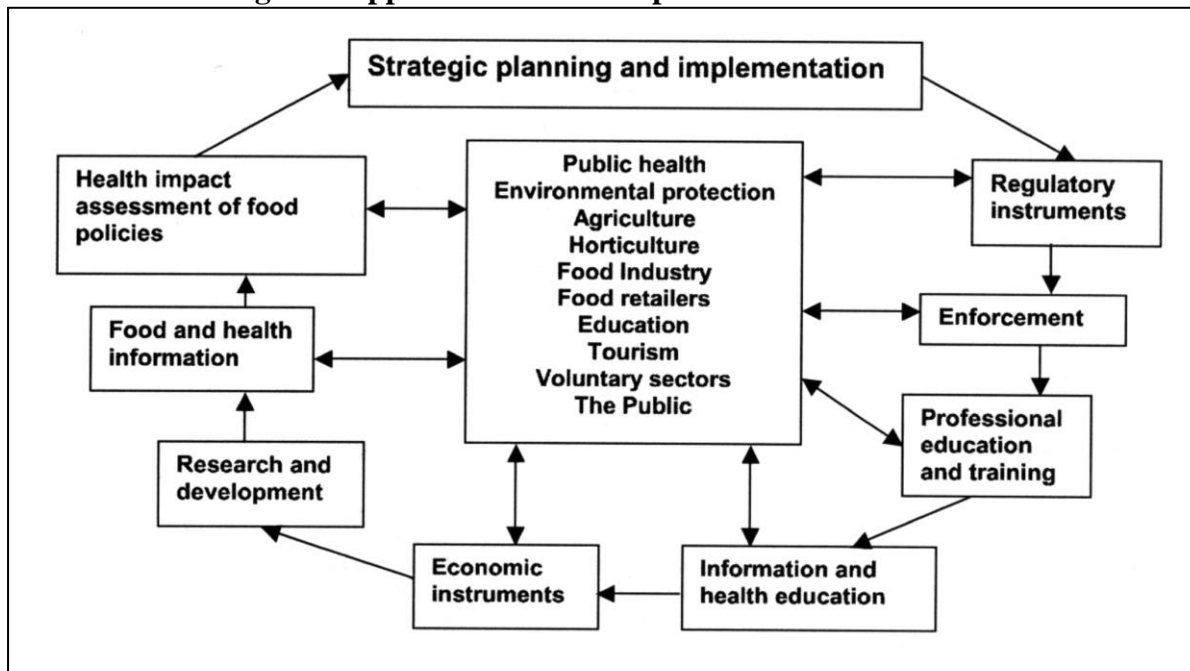
Die erste Aufgabe besteht darin sich zu einigen, was man erreichen will. Im europäischen Rahmen gibt es fast einmütige Überlegungen zum Rahmenziel, dessen Ausrichtung wie folgt benannt werden kann (Kap. 2):

- (1) Anstieg im Verbrauch von Obst und Gemüse;
- (2) Reduzierung des Fettverzehr (auch des Fleischverzehr);
- (3) Anstieg der täglichen körperlichen Aktivität.

In Deutschland stimmen dabei sicher eine Reihe von Akteuren zu, doch dies wurde bisher nicht politisch diskutiert bzw. entsprechend vereinbart (wie z.B. in den USA, Kap. 2).

Die ernährungspolitischen Ziele sind mit großer Wahrscheinlichkeit zu erreichen, wenn die Beziehungsnetze zwischen Ernährung und Gesellschaft berücksichtigt werden (Abb. 4.11).

Abb. 4.11: An integrated approach to food and public health



Quelle: WHO 2000b

Anhand der vereinbarten Ernährungsziele ist ein nationales Ernährungsprogramm zu entwickeln, das aus den Säulen der eigentlichen Maßnahmen sowie der Ernährungsberichterstattung und der Ernährungsforschung besteht (Abb. 2.1 Kap 2) (EU 2000).

Verglichen mit dieser Beschreibung ist in Deutschland noch viel ernährungspolitische Basisarbeit zu leisten, die aber auf guten Ansatzpunkten aufbauen kann. Am schwierigsten scheint der erste Schritt zu sein, nämlich der, die Beteiligten des Ernährungssystems zueinander zu bringen und gemeinsame ernährungspolitische Ziele zu vereinbaren. Besonders fehlen entsprechende Initiativen aus dem eigentlichen politischen Raum. Es gibt kaum Politiker, die sich diese Thematik in größerem Umfang zu eigen machen, am ehesten ist eine Initiative noch im Bereich des Bündnis 90/Die Grünen zu finden. Es ist z.B. interessant, dass die amerikanischen Präsidentschaftskandidaten nach Public Health Nutrition Aspekten befragt wurden bzw. aus ihren Äußerungen im Wahlkampf entsprechend Aussagen zusammengestellt wurden. (Fritts und Jones 2000). Die deutschen politischen „Ernährungsexperten“ sind entweder Landwirte oder Gesundheitsfachkräfte. Förderung des ökologischen Landbaus ist nur mittelbar ein Ernährungsprogramm, es könnte aber damit kombiniert werden (z.B. Ansatz der Initiative der Grünen „natürlich. gesund. genießen“ (<http://www.gruene-fraktion.de/food/initiativen/eingebracht.htm>)). Förderung der Gesundheitsforschung unter dem Aspekt der Früherkennung von Risikofaktoren ist auch kein Ernährungsprogramm, könnte aber damit kombiniert werden. Von über 250 Public Health Programmen beinhalten weniger als 10 einen Ernährungsaspekt. Ähnliches gilt für weitere Förderprogramme der verschiedenen Ministerien, wie dem:

- **Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)**  
<http://www.bmu.de/fset1024.htm>  
Lokale Agenda, Umwelt und Gesundheit
- **Bundesministerium für Wirtschaft (BMWi)**  
<http://www.bmwi.de/Homepage/Startseite.jsp>  
Förderdatenbank, z.B. nachhaltige Bio Produktion; Stichwort Ernährung: 60 Förderprogramme, aber fast alles Landwirtschaft, außer z.B. Europa gegen den Krebs
- **Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)**  
<http://www.bmbf.de/>

<http://db.bmwi.de/bmwidb/lpext.dll?f=templates&fn=altmain-toc.htm>

Gesundheitsforschung: <ftp://ftp.bmbf.de/gesundh.pdf>

Umweltgerechte, nachhaltige Entwicklung: [Regionale Nachhaltigkeit; sozial-ökologische Forschung](http://www.bmbf.de/foerde01/forschung/3-2-2.htm) - <http://www.bmbf.de/foerde01/forschung/3-2-2.htm>

- **Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (BMA)**

<http://www.bma.bund.de/>

Niedrigeinkommen, Sozialhilfe, usw., aber Ernährung vernachlässigt; Stichwort Ernährung: 18 Eintragungen von geringer Relevanz

- **Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)**

<http://www.bmfsfj.de/>

Sozialhilfe; Stichwort Ernährung: 14 Eintragungen von geringer Relevanz.

Dazu erscheint es dringlich, dass in der Gesellschaft die positive Rolle der Ernährung als Instrument für die Erreichung von Zielen in anderen Sektoren bewusst gemacht und damit auch anerkannt wird. Richtige Ernährungsziele helfen mit, die Ziele der Gesundheit und der Umwelt zu erreichen. Solche Ziele sind nur in Kombination zwischen naturwissenschaftlich technischen Innovationen („Hardware“) und sozial-kulturellen Innovationen („Software“) zu erreichen. Menschen müssen Innovationen akzeptieren, Ziele erreichen wollen. Die Technik kann dies unterstützen und erleichtern. Ausgangspunkt muss jedoch der Mensch sein. Menschen können zwar verführt, aber nicht gezwungen werden, neue Lebensmittel zu akzeptieren.

Die inhaltliche Diskussion über die Ernährungsziele in Deutschland kann vom bestehenden Rahmen ausgehen, der einerseits in den entsprechenden europäischen Bestrebungen und andererseits in den Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung zu sehen ist (Kap. 2). Für diese Ziele gibt es in Deutschland schon einige Ernährungsprogramme, wie z.B. zur Steigerung des Gemüse- und Obstverzehr ([www.5amTag.de](http://www.5amTag.de)) und zur Minderung des Fettverzehr ([www.pfundskur.de](http://www.pfundskur.de)) (Kap. 4.6). Insgesamt wären solche Programme zu intensivieren, aber auch auszuweiten, und die Verbraucherpolitik und die daraus folgenden Aufgaben der Verbraucherbildung ebenso (Kap. 4.5) (Seel 1998). Es ist anzustreben, dass die Informationsübermacht der Anbieterseite nicht weiter zunimmt.

Neben einer nationalen Ernährungspolitik, die in den europäischen Rahmen eingebunden ist, ist es besonders wichtig, die lokalen und regionalen politischen Strukturen dazu zu aktivieren, dass ernährungspolitische Ziele umgesetzt werden. Denn wiederum anhand der Ernährung lässt sich das bekannte Motto „Global thinking - regional planning - local acting“ erläutern. Die Ziele können letztlich nur erreicht werden, wenn Menschen vor Ort sich entsprechend verhalten. Dieses kann dadurch erleichtert werden, wenn vor Ort und in der Region die Lebenswelt so gestaltet wird, dass sie es Menschen erleichtert, erwünschtes Verhalten umzusetzen.

Es gibt viele lokale Ideen, nur leider bisher zu sehr auf einzelne Sektoren ausgerichtet. Doch anhand der Ernährung kann verdeutlicht werden, wie eng Entwicklungen im ländlichen Raum, nachhaltiges Wirtschaften (Lokale Agenda 21), Aktionen wie gesunde Schulen und gesunde Städte, usw. miteinander zu verknüpfen sind. Räumlich kartographische Darstellungen (Kap. 4.3) der Akteure im Ernährungssystem (Standorte der Produktion, Lebensmittelherstellung, LEH, Märkte, Kantinen, Restaurants, Informationsorte etc.), aber auch IT-technische Vernetzungen und Einrichtungen von Koordinierungsstellen sind relativ einfach und schnell durchzuführen. Betrachtet man die Vielzahl isolierter bzw. ungenügend verzahnter Aktivitäten, dann wird die Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit der Kooperationen deutlich. Ansatzpunkte für Konzepte entsprechender „Community Nutrition“ sind durch internationale Kooperationen zu verstärken (Fisher et al. 1999, Aktion des Dannon Institute (Danone Europe) Community Nutritionary <http://www.dannon-institute.org/action/description.html>).

Die zweite genannte Säule ernährungspolitischer Aktivitäten ist die Ernährungsberichterstattung. Hier sind gute Ansätze vorhanden. Das sind die bereits mehrfach genannten Ernährungsberichte der Deutschen Gesellschaft für Ernährung, die Aktivitäten der Gesundheitsberichterstattung sowie das Bundes-Gesundheitssurvey (Kap. 3.3.0). Durch die bessere und effizientere Integration weiterer vorhandener Informationen und Berichte im Sinne einer modulartigen Verknüpfung verschiedener Bereiche, wie es das Konzept des Bundes-Gesundheitssurveys widerspiegelt, könnte die Ernährungsberichterstattung noch effizienter gestaltet werden. Ebenso sollte sie politischer ausgerichtet sein, d.h. Ernährungsziele und sich daraus ableitende Programme vorschlagen, sowie die Wirkungskontrolle (Evaluierung) mitaufnehmen. Das ist dann erleichtert, wenn eine entsprechende politische Entscheidung solch eine modernere Ernährungsberichterstattung besser legitimieren würde, und wenn die gesellschaftlichen Entscheidungsträger diese ins Kalkül ziehen. Ebenso sollten regionale und lokale Ernährungsberichterstattungssysteme eingeführt werden, wobei hier die handlungs- und entscheidungsorientierte Auswertung noch wichtiger wird (Köhler et al. 2000, Riedmann 2000, Cordes und Eberhardt 2000).

Die Säule Ernährungsforschung, die ebenso zur Ernährungspolitik zählt, wird im abschließenden Kapitel 5 beschrieben.